

Und sie bewegt sich doch! Baupolitik streift Fesseln der Partikularinteressen ab



Von Michael Groschek

Wohnungsnot hin oder her: Stoisch trat in den letzten Jahren immer wieder jemand auf die „Geht-nicht!“-Baubremse. Nebenkriegsschauplätze haben dabei tiefe Bremsspuren verursacht. Nun droht mit der Haushaltskrise eine erneute Bremse, vor allem für den dringend notwendigen energetischen Umbau. Ein Rückblick auf die Bremsleuchten und ein Ausblick auf neuen Schwung beim Wohnungsbau.

Der Kampf um die Energieeinsparverordnung ENEC gipfelte im „Heizungsgesetz“ (GEG). Hintergrund war unter anderem die Frage: Muss im Bestand jedes einzelne Haus extrem gedämmt werden? Oder lassen sich die Klimaziele auf Ebene des Quartiers erreichen? Das knappe Angebot an Bauland bei gleichzeitig steigender Nachfrage hat zu Grundstückskosten geführt, die seit der Finanzkrise 2008 im Vergleich zu den Baukosten explodierten und 30 Prozent der

Baukosten ausmachen. Bevor das Fundament steht, ist eine sozialverträgliche Kaltmiete schon Illusion. Verschärfend traten Grenzgänger von Investition und Spekulation auf, die Baugrund horten. Die Zinswende hat kostenloses Geld durch Finanzierungskosten ersetzt. Das geschenkte Baugeld hatte den Kostendruck gemindert. Jetzt drücken die seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine nochmals massiv gestiegenen Baukosten und die in kurzer Zeit enorm erhöhten Finanzierungskosten von beiden Seiten. Zudem haben Lobbyismus und Ideologie eine erdrosselnde Regeldichte durch eine industriegetriebene Normung geschaffen. Die Baupolitik selbst ist dem koalitionspolitischen „Gibst du mir, gebe ich dir“ ausgeliefert. Dies führt zu sozial- und umweltpolitischen Kostenlasten, die mit dem Bauen und seinen funktionalen Erfordernissen nichts zu tun haben. Dies gilt für jede politische Farbe.

IN DIESER AUSGABE

Wie lassen sich Innenentwicklungspotentiale vermehrt und schneller mobilisieren? Veranstaltung von DV und dem Bundesverband DIE STADTENTWICKLER Seite 4

Die Wohneigentumpolitik muss die junge Generation in den Blick nehmen Seite 5
ifs Wohnungspolitisches Forum 2023 in Berlin

CORE Oldenburg: Vom Kaufhaus zur kulturell-kreativen Mixed-Use-Immobilie Seite 6
Zweite Stadtlabor-Sitzung der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“

Netzwerktagung Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk in Brüssel und Zwischenstand zur Studie Städtische Dimension in den Strukturfonds Seite 7

 **AUTOR**

Michael Groschek, Staatsminister a. D., ist ehemaliger Bau-
minister von NRW und Präsident des Deutschen Verbands für
Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Beschleunigung statt Bremse

Das Bündnis für Wohnen galt als aufgeblasen und in der Unendlichkeit seiner Spiegelstrichforderungen als beliebig. Doch es hat einen positiven Klimawandel bewirkt: Bund und Länder sind lösungsorientiert in Verhandlungen gegangen, zur Angleichung der 16 Landesbauordnungen. Bestes Beispiel ist die Regelung, dass künftig bundesweit ein Bautyp als genehmigt gilt, wenn er in einem Bundesland genehmigt wurde. Modulares und serielles Bauen wird so erleichtert. Die Definition eines Gebäudetyps E – wie effizient, einfach, effektiv – befreit Wohnungsbau von überambitionierten Ausstattungsvorgaben. Stand der Technik darf haftungsrechtlich nicht mehr ausschließlich eine der viel zu vielen DIN-Normen sein, sondern die Fachkompetenz der Bauleitung.

Der Fachkräftemangel ist teilweise branchengemacht: Die Frau auf dem Bau wurde viel zu spät als Leitbild von der Personalentwicklung aufgegriffen. Auch war das Gewinnen ausländischer Fachkräfte bislang absurd schwierig: Egal ob es um die Visa-Erteilung oder die Anerkennung von Berufsabschlüssen ging, war das System auf Abschreckung statt Einladung geeicht. Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist nun Abhilfe zu erwarten.

Umgang mit Zinswende und Bauland-Vorratspolitik

Dort, wo mehr Geld angeboten als nachgefragt wird, treibt die Inflation Geldanlagen in Grund und Boden. Weil viele aufs falsche Pferd gesetzt haben, hilft jetzt der Staat mit Steuergeld dabei, die Wettschulden zu begleichen. Dumm nur, dass ausgerechnet besonders sozial orientierte Vermieter wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften nichts von den Abschreibungsofferten haben. Für sie gilt nämlich: nur Bares ist Wahres. Weil Bauland durch Versiegelungsverbote absehbar knapp bleibt, schien es sich auszuzahlen, Projektentwicklungs-Monopole oder Oligopole zusammen zu kaufen. Über Zwischenverkäufe sind wenige reich, aber der Wohnungsmarkt arm geworden, weil heute die herbeispekulierten Grundstückspreise ein Bauen für bezahlbares Wohnen unmöglich machen. Leider ist die letzte Baulandkommission zur Zeit der großen Koalition ist mit der Antwort auf dieses Problem auf halbem Weg stehen geblieben. Weil die CDU/CSU bei Baugeboten, Grundsteuer C und kommunalen Vorkaufrechten früh ein Stoppsignal gesetzt hatte – von Enteignungsoptionen ganz zu schweigen – hat die SPD sich mit sachfremden Mieterschutzgebieten entschädigt.

Was jetzt notwendig ist

Die öffentliche Verfügbarkeit von Grund und Boden muss gestärkt werden. Dafür sollten kommunale Bodenfonds als Korrekturfaktor genutzt werden, ohne dass sie als Monopolist wettbewerbsbefreit einem Bauschlendrian frönen dürfen. In den Großstädten gilt es, ein neues urbanes Maß an Dichte zu finden. Wenn Einwohnerzahlen explodieren, reicht die Innen-statt-außen-Blockade nicht. Wir brauchen eine Umbauordnung, um umzunutzen und aufzustocken. Überfällig ist zudem die Einsicht, dass neue Stadtteile notwendig sind: Die Hauptstadt verzettelt sich derzeit bei der Frage zur Randbebauung vom Flugfeld Tempelhof. Die Hansestadt Hamburg hat währenddessen die Hafencity mit tausenden Wohnungen gebaut. Die Wohnungsbauhymne muss lauten: Mehr Hamburg, weniger Berlin.

Bremst die Haushaltskrise?

Doch der Neustart könnte schon bald zum Rohrkrepiere werden. Dann nämlich, wenn der Bund die tiefe Haushaltskrise, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgelöst hat, nicht in den Griff bekommt. Damit wäre es endgültig aus mit der Planungssicherheit und dem Vertrauen auf eine soziale und nachhaltige Wohnungsbau- und Klimaschutzpolitik. Erste Unternehmen, die stark in Neubau und in Klimaschutz bei weiterhin bezahlbaren Mieten investieren, können mit dieser Unsicherheit keine verlässlichen Wirtschaftspläne mehr aufstellen. Ohne sichere und auskömmliche Förderung werden die gerade mühsam ausgehandelte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und die Wärmeplanung zur Makulatur.

Koalition der Gemeinwohl-Willigen gefragt

Die Politik ist aufgerufen, sich nicht mehr von Partikularinteressen als Geisel nehmen zu lassen. Einzelinteressen, egal in welchen Furchen sie gezogen werden, können weder mit Korn noch mit Kelle ein neues Wir stiften. Wir müssen Deutschland umbauen und punktuell neu bauen, um möglichst vielen Menschen eine soziale und klimafreundliche Heimat vor der Haustüre zu bieten. Die Politik muss dafür weiter zum gemeinsamen Anpacken einladen, statt einsam auf die Kanzel zurückzukehren.

 **ANSPRECHPARTNER**

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org



Meine Stadt der Zukunft: Gewinnerstädte ausgewählt

Für die Fortsetzung der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg (MIL) wurden im Rahmen eines Wettbewerbs im September 2023 sieben besonders zukunftsfähige und innovative Modellvorhaben in Angermünde, Bad Belzig, Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder), Ludwigsfelde, Potsdam und Senftenberg ausgewählt. Der DV wird diese Projekte in seiner Rolle als Projektassistenz begleiten. Eine erste Austauschveranstaltung für alle Gewinnerstädte findet im Februar 2024 statt.

🔗 <https://msdz.brandenburg.de/msdz/de>

Praxischeck zur Wärmewende: DV organisiert Innovationspartnerschaft

In der Innovationspartnerschaft diskutierten Verbandsvertreter:innen aus Bau- und Wohnungswirtschaft sowie Zivilgesellschaft in bisher 13 Formaten auf Fach- und auf politischer Leitungsebene Fragestellungen der Wärmewende sowie ihren dynamischen Förder- und Rechtsrahmen. Der DV organisiert das Format im Auftrag des Bundesbauministeriums und unter Beteiligung des Bundeswirtschaftsministeriums. Die Sitzungen werden als interdisziplinärer Praxischeck für Überlegungen zum Gebäudeenergiegesetz, zu Wärmeplanung und Co geschätzt. Eine Fortführung im Jahr 2024 wird daher angestrebt.

AG Energie: Sitzung zur Wärmeplanung

Die AG Energie des DV erörterte am 10. November 2023 die Umsetzung der Wärmeplanung. Vertreter:innen aus dem Bundesbau- und dem Bundeswirtschaftsministerium gaben Einblick in den laufenden Gesetzgebungsprozess zum Wärmeplanungsgesetz sowie zur GEG-Novelle und der damit verbundenen Förderung. Klar wurde: Die erfolgte Verzahnung von 65-Prozent-Pflicht und Wärmeplanung ist zwingend, bleibt aber im zeitlichen Ablauf herausfordernd. Die in der Wärmeplanung definierten Versorgungslösungen für einzelne Gebiete müssen in eine Ausbau- und Transformationsplanung für Wärme- und Gasnetze münden und mit dem Ausbau der Strominfrastruktur verzahnt werden. Der DV hatte im Frühjahr 2023 ein Papier dazu veröffentlicht, dessen Empfehlungen sich weitgehend in den Gesetzesvorhaben wiederfinden.

Erstes Meeting der „Urban Contact Points“

Seit Juli 2023 ist der DV die deutsche Kontaktstelle (UCP) für die neue Europäische Stadtinitiative („European Urban Initiative“ – EUI) der Europäischen Kommission. Sie vereint unter ihrem Schirm Förderung, Initiativen, Austausch- sowie Lernformate im Bereich Stadtentwicklung. Der DV bildet die Schnittstelle zwischen Kommunen, Verwaltungsbehörden und EU-Politik. Das Auftakttreffen der „Urban Contact Points“ findet am 13./14. Dezember 2023 in Lille statt.

🔗 <https://www.urban-initiative.eu>

Innenentwicklungspotenziale vermehrt und schneller mobilisieren

Veranstaltung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Innenbereich

Innenentwicklung ist eine Daueraufgabe. Sie hat Vorrang vor Außenentwicklung und ist genauso aufwändig wie diese – über diese Punkte besteht Einigkeit. Beides lässt sich weder schnell noch einfach umsetzen. Entscheidend für den Wohnungsbau ist daher: Wo und wie können Mengeneffekte erzielt werden und welches Instrumentarium ist notwendig? Mit dieser Frage setzte sich die Veranstaltung „Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen für den Wohnungsbau“ am 30. November 2023 in Berlin auseinander, zu der der DV gemeinsam mit dem Bundesverband DIE STADTENTWICKLER eingeladen hatte. Vertreter:innen des Bundes, der Länder und Kommunen sowie Expert:innen aus Politik und Praxis tauschten sich zu den Instrumenten des Städtebaurechts aus und diskutierten notwendige Veränderungen, um Kommunen bei der Baulandaktivierung im Innenbereich unterstützen zu können.

Um Innenentwicklungspotenziale für den Wohnungsbau zu aktivieren, können Kommunen auf ein breites Instrumentarium zurückgreifen. Informelle Instrumente verbessern die Chancen einer kooperativen Mobilisierung von Bauland und von marktgetriebenen Realisierungen. Damit sind sie mindestens genauso wichtig wie hoheitliche Instrumente des Baugesetzbuches (BauGB), etwa Vorkaufsrechte und Baugebote, die als „Drohkulisse“ dienen können. Um diese Instrumente anwenden zu können, brauchen die Kommunen genug Fachpersonal.

Entwicklung im Quartierszusammenhang notwendig

Im Innenbereich sind bereits viele neue Wohnungen entstanden, etwa auf Konversionsflächen und Industriearealen. Allerdings wurden soziale Dienstleistungen, verkehrliche Anbindung, Nahversorgung und Naherholung oft nicht mitgedacht – daraus sollte man für die Zukunft lernen. Nach der Baulandumfrage des BBSR stehen in Deutschland im Innenbereich bebaubare Reserven von mindestens 100.000 Hektar für bis zu zwei Millionen Wohnungen zur Verfügung. Der „Flaschenhals“ ist somit nicht die Flächenknappheit, sondern die Aktivierung dieser Potenziale. Das ist allerdings kein Selbstläufer: Hürden sind kleinteilige und heterogene Flächen, unterschiedliche Interessen und Kompetenzen der Eigentümer:innen, ausgeprägter Bestandschutz im Baurecht, großer Ressourcenaufwand bei relativ

geringem Ertrag, Personalmangel in den Stadtverwaltungen sowie Konflikte und sich überlagernde Aufgaben bei der Transformation des Siedlungsbestandes.

Neue Ansatzpunkte in der BauGB-Novelle

Lösungsansätze könnten in der anstehenden BauGB-Novelle geschaffen werden. Hierfür wären aus Sicht der Veranstalter befristete Sonderregelungen für den Wohnungsbau in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten und Abweichungen vom Baurecht hilfreich. Außerdem soll eine effizientere Handhabung des Baugebotes ermöglicht werden. Für mittlere Brachflächen ohne hoheitlichen Hebel zur Aktivierung könnte der Anwendungsbereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme ausgeweitet werden. Auch gilt es zu prüfen, ob für die umfassende Transformation von Siedlungsstrukturen ein neues Instrument zielführend wäre. Innenentwicklungskonzepte können hierfür eine geeignete Grundlage bieten. Entscheidend ist, herauszufinden, wo es Flächenpotenziale im Innenbereich gibt, welche Mengeneffekte für Wohnungsbau und Quartiersentwicklung erreicht werden können und welche Kosten damit verbunden sind. Ziel sollte eine frühzeitige Kommunikation mit den Eigentümer:innen und eine kooperative Mobilisierung sein, die durch informelle und bedarfsweise hoheitliche Instrumente flankiert werden.

ANSPRECHPARTNERIN

Kathrin Senner | k.senner@deutscher-verband.org



© DIE STADTENTWICKLER/Steinberg

Die Wohneigentumspolitik muss die junge Generation in den Blick nehmen

ifs Wohnungspolitisches Forum am 7. November 2023 in Berlin

Wie kann eine ganzheitliche Wohneigentumspolitik insbesondere jüngeren Menschen die Bildung von Wohneigentum ermöglichen? Dies diskutierten die Teilnehmenden des diesjährigen ifs Wohnungspolitischen Forums des DV am 7. November 2023 im Bausparhaus in Berlin und plädierten dafür, die Wohneigentumspolitik des Bundes zu stärken. DV und ifs haben dazu ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgeschlagen. Teile davon werden nun auch mit Unterstützung der Abgeordneten auf den Weg gebracht. Darunter fällt neben der verbesserten Familienförderung auch das Auflegen eines neuen Programms „Jung kauft Alt“ für den Bestandserwerb. Nun geht es darum, insbesondere angesichts des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts, dieses mit ausreichenden Mitteln auszustatten und es für mögliche Käufer:innen handhabbar auszugestalten.

Wohneigentum bedeutsam für Generationen- und Vermögensgerechtigkeit

„Der gesellschaftspolitische Stellenwert von Wohneigentum für breite Schichten findet sich in der Wohnungspolitik leider kaum noch wieder“, sagte Oda Scheibelhuber, Vorsitzende des ifs Institut Wohneigentum im DV. Und dies, obwohl die Vorzeichen für die Bildung von Wohneigentum für breite Bevölkerungsschichten derzeit so schlecht stehen wie nie zuvor. Die allgemein zurückgehende Wohneigentumsquote ist insbesondere bei den jüngeren Jahrgängen in den letzten zehn Jahren erheblich abgefallen. Aktuell machen es zudem Zinswende und explodierende Baukosten bei hohen Immobilienpreisen gerade Familien mit durchschnittlichen Einkommen vielerorts unmöglich, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen. „Wir sollten erkennen, wie sehr das Wohneigentum dafür geeignet ist, das Leben planbarer zu machen und für Generationengerechtigkeit zu sorgen“, mahnte Scheibelhuber. Die Entwicklung ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit besorgniserregend, sondern auch für die Vermögensverteilung, da sich die Eigentumsquote positiv auf eine ausgewogenere Verteilung auswirkt.

Neues Bundesprogramm „Jung kauft Alt“

Annett Jura, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, erläuterte, was der Bund angesichts dieser Situation unternimmt. Neben der im Sommer 2023 gestarteten und verbesserten Neubau-Eigentumsförderung des Bundes („Wohneigentum für Familien“ – WEF), plant der Bund die Auflage eines weiteren Programms zur Förderung des Bestandserwerbs unter dem Motto „Jung kauft Alt“. Dieses werde den Kauf unterstützen. Gleichzeitig solle das neue Programm über die Verknüpfung mit der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) die Häuser innerhalb eines gewissen Zeitraums nach dem Kauf auf einen besseren energetischen Standard bringen. So könnten Eigentumsbildung und Klimaschutz verbunden werden. Die Rahmenbedingungen, insbesondere die Sanierungsaufgabe, sollen dabei so ausgestaltet werden, dass niemand überfordert wird. Das nach dem ifs Wohnungspolitischen Forum 2023 verkündete „Haushaltsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts stellt allerdings derzeit die Finanzierungsgrundlage zahlreicher Vorhaben grundsätzlich in Frage. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist die Verknüpfung des Zugangs der jüngeren Generationen zum Wohneigentum mit der Aktivierung des Gebäudebestands jedoch weiterhin dringend geboten und notwendig.

ANSPRECHPARTNER

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org

Max Pechstein | m.pechstein@deutscher-verband.org

INFORMATION

Das Impulspapier des DV zur Bestandsförderung vom September 2023 finden Sie [hier](#).



CORE Oldenburg: Vom Kaufhaus zur kulturell-kreativen Mixed-Use-Immobilie

Zweite Stadtlabor-Sitzung der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“ zur Transformation großer Handelsimmobilien

Wie können Großimmobilien, etwa ehemalige Kaufhäuser, so nachgenutzt werden, dass sie wirtschaftlich funktionieren, dem Gemeinwesen dienen und gleichzeitig die Innenstadt attraktiver machen? Dieser Frage widmet sich die Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“ bereits seit längerem. Dabei nimmt sie gemeinwesenorientierte Nutzungsmischungen mit starken (sozio-)kulturellen und kreativwirtschaftlichen Elementen und einer neuen kollektiven Identität und Gemeinschaft in den Blick – als Alternative zum bloßen Nebeneinander klassischer Nutzungsbausteine wie Einzelhandel, Wohnen, Büros. Der Auftakt fand im Juni 2023 in der Markthalle Wolfsburg statt. Gemeinsam mit dem Team des CORE in Oldenburg organisierte die Vernetzungsinitiative nun am 23. November 2023 einen zweiten Expert:innenworkshop in Oldenburg. Dabei waren 20 ausgewählte Expert:innen aus Kommunen, Immobilienwirtschaft, Wissenschaft und Stiftungen, die derzeit aktiv an Transformationsprozessen beteiligt sind. Der Fokus des Workshops lag darauf, welche Voraussetzungen es braucht, um Wirtschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung in Nutzungsgemischten Großimmobilien erfolgreich zu vereinbaren.

Nutzungsmix aus Coworking, Markthalle, Veranstaltungen & Gemeinwohlorientierung

Im Gegensatz zu vielen kommunal gesteuerten Umnutzungen ist das CORE ein privates Vorhaben. Es eröffnete im April 2021 in den Räumlichkeiten eines ehemaligen Hertie-Kaufhauses am Rande der Oldenburger Fußgängerzone. Als neuer „Kern“ der Stadt soll es zur Vernetzung verschiedener Branchen beitragen und Treffpunkt sein für Unternehmen, Start-ups, Kreative „und alle, die etwas bewegen wollen“. Das CORE besteht aus vier Bausteinen: einem Coworking Space, einer Markthalle, Veranstaltungsbereichen sowie Verkaufsflächen für kreative Einzelhändler. Ein weiterer Baustein ist die Schaffung von weitestgehend kostenfreien Angeboten zur Vernetzung der Menschen vor Ort. Hinter dem Konzept und Betrieb des CORE steht der Oldenburger Architekt und Unternehmer Alexis Angelis.

Die Finanzierung erfolgte ohne öffentliche Gelder. Sie wurde durch das Eigenkapital einer regionalen Investorengruppe und durch Crowdfunding unterstützt. Zentrale Rollen nehmen zudem Partner und Sponsoring ein.

Herausforderungen der Transformation

Neben einem Rundgang durch das CORE wurden bei dem Workshop Aspekte diskutiert, die bei der Transformation von Großimmobilien berücksichtigt werden müssen. Auch wenn Kommunen sich nicht selbst mit Fördergeldern einbringen, sollten sie dennoch Privatleute, die Umnutzungen mit einem Mehrwert für die Allgemeinheit und die Stadt umsetzen, wertschätzen und kooperativ unterstützen. Was Prozesse angeht, so wurden Zwischennutzungen intensiver diskutiert, können sie doch Trading-Down-Effekten des Umfeldes vorbeugen. Zudem bieten sie die Chance, neue Nutzungsbausteine und Zielgruppen auszuprobieren. Jedoch sollte berücksichtigt werden, dass es auch langfristige Perspektiven für die Transformation der jeweiligen Immobilie braucht und Kreative sich nicht gerne vor einen Karren spannen lassen. Daher sollte insbesondere bei der baulichen Anpassung sichergestellt werden, dass die Ausstattung möglichst flexibel ausgestaltet ist und Nutzungen im Verlauf der Zeit angepasst werden können. Das kommunale Vorkaufsrecht stellt ein wichtiges Instrument dar, um als Kommune Zugriff auf Schlüsselimmobilien zu erhalten und Verantwortung für Entwicklung und ggf. Betrieb zu übernehmen. Überteuerte Grundstückspreise sind in diesem Zusammenhang jedoch eine große Herausforderung. Ist der Erwerb durch die Kommune nicht möglich, kann es schwierig sein, an Immobilieneigentümer:innen heranzukommen und die Interessen hinsichtlich der Nachnutzung abzustimmen. Insgesamt sprachen sich die Teilnehmenden dafür aus, den Austausch zu intensivieren. 2024 sollen zwei weitere Stadtlabore zum Thema Großimmobilien stattfinden.

ANSPRECHPARTNERINNEN

Heike Mages | h.mages@deutscher-verband.org

Caro Antonia Wulf | a.wulf@deutscher-verband.org

Städtische Themenschwerpunkte der EFRE-Förderung

77. Netzwerktagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks in Brüssel

Am 25./26. Oktober 2023 traf sich das Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk in Brüssel. Ziel war es, zusammen mit Vertreter:innen der Europäischen Kommission und des Parlaments die Zukunft der städtischen Dimension in der Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu diskutieren und Einblick in die Planungen der EU-Politik für die nächste Förderperiode ab 2028 zu erhalten.

Die EU-Behörden erklärten, dass Vereinfachung und Transformation zentrale Diskussionspunkte in den Verhandlungen für die nächste Förderperiode sein werden. Die Mitglieder des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks waren sich einig, dass Kontinuität und Verlässlichkeit in den EU-Förderprogrammen entscheidend sind für eine erfolgreiche Umsetzung von Projekten der nachhaltigen Stadtentwicklung. Sie erörterten außerdem, nach welchen Indikatoren

die Mittelverteilung der Kohäsionspolitik zukünftig geregelt werden sollte, um auch für stärker entwickelte Regionen – zu denen Deutschlands Länder überwiegend zählen – Mittel zur Transformation zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Tagung gab der DV auch einen Zwischenstand zur laufenden Studie zur Rolle der städtischen Dimension in den EU-Strukturfonds, die er aktuell zum dritten Mal im Auftrag des Bundesbauministeriums durchführt. Außerdem machten die Netzwerkmitglieder eine Exkursion durch das Brüsseler EFRE-Gebiet. Seit über 25 Jahren trifft sich das vom DV koordinierte Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk mehrmals im Jahr. Die nächsten Tagungen finden 2024 in Potsdam, Berlin und Graz statt.

ANSPRECHPARTNER:INNEN

René Hohmann | r.hohmann@deutscher-verband.org,
Linn Tramm | l.tramm@deutscher-verband.org

Zwischenergebnisse der Studie zur Städtischen Dimension

Präsentation bei Bund-Länder-Workshop in Berlin

Am 23. November 2023 lud der DV Vertreter:innen des Bundes und der Länder in das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Berlin ein, um erste Zwischenergebnisse der Studie zur städtischen Dimension in der EU-Förderperiode 2021–2027 zu präsentieren. Ziel der Auftragsstudie für das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) ist eine systematische Übersicht der aktuellen Förderung für den Bereich Stadtentwicklung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Deutschland. Damit möchte das BMWSB nicht nur eine Handreichung über aktuelle Förderthemen, Instrumente und Methoden für die Akteure der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erarbeiten, sondern auch belastbare Argumente zum Erhalt, Anpassung und Weiterführung einer starken städtischen Dimension nach 2028 zusammentragen.

Zunächst wurden die Ergebnisse der bislang durchgeführten quantitativen und qualitativen Forschung präsentiert. Anschließend diskutierten die Teilnehmenden die Zwischenbilanz. Beiträge aus Bayern und Niedersachsen vertieften die Thematik anhand von Beispielen zur Rolle von EU-Sonderinstrumenten. Abschließend wurden zukünftige Ansätze europäischer Förderprogramme zur Unterstützung von Kommunen bei einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik gemeinsam reflektiert. Die im Frühjahr 2023 initiierte Studie soll Ende 2024 fertig sein. Die Ergebnisse werden dann unter anderem auf dem Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungskongress präsentiert, der 2024 in Heidelberg stattfindet.

ANSPRECHPARTNER:INNEN

René Hohmann | r.hohmann@deutscher-verband.org,
Linn Tramm | l.tramm@deutscher-verband.org

Neuer Büroleiter Brüssel: Dr. René Peter Hohmann

Mitte Oktober 2023 hat Dr. René Peter Hohmann die Leitung des DV-Büros in Brüssel übernommen. René arbeitet seit über 15 Jahren im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. So war er unter anderem Abteilungsleiter bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Bereichsleiter eines Treuhandfonds zur nachhaltigen Stadtentwicklung (Cities Alliance) bei den Vereinten Nationen und der Weltbank. In seiner Doktorarbeit in Wirtschaftsgeographie am King's College London verglich er nationale Stadtentwicklungspolitiken in Deutschland und England. Beim DV ist er Ansprechpartner für EU-relevante Fragestellungen und Kooperationen, koordiniert die AG Europa und das Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk. Welcome on board, René!



René Hohmann © Lidia Tirri

Neuer Leiter AG Europa: Dr. Andreas Hollstein

2024 wird die bisherige Leiterin der AG Europa, Hella Dunger-Löper, ehemalige Berliner Staatssekretärin für Stadtentwicklung sowie für Europa- und Bundesangelegenheiten, den Staffelstab an Dr. Andreas Hollstein weitergeben. Frau Dunger-Löper hat die AG acht Jahre lang geleitet und ihre politischen Erfahrungen in der nachhaltigen Stadtentwicklung und der EU-Politik engagiert eingebracht. Dafür möchten wir ihr herzlich danken. Mit Andreas Dr. Hollstein folgt ihr ein ebenso erfahrener „Macher“ nach, der Erfahrungen in den Bereichen Stadtentwicklung, Energie- und

Klimaschutzpolitik sowie Europa mitbringt. Als langjähriger Bürgermeister der Stadt Altena (NRW) war er in zahlreichen europäischen Programmen zur integrierten Stadtentwicklung aktiv. In seiner derzeitigen Funktion als Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) Nordrhein-Westfalen nimmt er vor allem energiepolitische Themen in den Fokus. Wir freuen uns sehr, dass wir Herrn Dr. Hollstein für diese wichtige Arbeitsgruppe gewinnen konnten.

NEUES MITGLIED

Neitzel Consultants GmbH,
vertreten durch Michael Neitzel
(Geschäftsführer)

*All unseren Mitgliedern und Partnern
wünschen wir ein Frohes Weihnachtsfest
und einen guten Rutsch ins neue Jahr!*

